

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsgeschäftsstelle:

Bahnstraße 50
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 47 92 41
Telefax: 0208 / 47 96 68
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3

Vorschlag

Nr.: A 16/0189-01

gemäß der Geschäftsordnung

öffentlich**Datum:** 24.02.2016**Postversand:****Empfänger:**

- Herrn Oberbürgermeister Scholten
 Herrn Vorsitzenden Werner Oesterwind des BSO
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Herrn Oberbürgermeister Scholten

Beratungsfolge:**Status:*** **Datum:** **Gremium:**

Ö 17.03.2016 Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

Enteignung öffentlichen Parkraums

Vorschlag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die Einrichtung eines Tagesordnungspunktes zum Thema „Enteignung öffentlichen Parkraums“ vor und bittet diesbezüglich um Beantwortung und Erörterung folgender Fragen.

1. Sind der Verwaltung Fälle bekannt, bei denen Grundstückseigentümer*innen ihre Vorgärten ungenehmigt in Stellflächen für PKW umbauten?
2. Was kann die Stadtverwaltung tun, um dagegen vorzugehen?
3. Ist die Enteignung öffentlichen Parkraums durch die Hausbesitzer*innen rechters?
4. Wie könnte eine aktive Konfliktprävention von Seiten der Stadt aussehen?
5. (Information der Hausbesitzer*innen über die rechtliche Situation?)
6. Welche Folgen hat dies für die Umwelt und sind sie vertretbar?

Begründung:

Immer mehr Hausbesitzer*innen wandeln ihren Vorgarten zum PKW-Stellplatz um (siehe z.B. Endelerkamp 14, 16 oder 20, wo ohnehin nur auf einer Seite geparkt werden darf). Hierdurch kommt es zu ständig mehr Konflikten in der Nachbarschaft. Diese umgewandelten Vorgärten grenzen meist an eine öffentliche Straße, so dass der PKW-Besitzer direkt vor seinem Haus parken kann. Der öffentliche Parkraum davor ist dann, aus der Sicht des PKW-Besitzers, nun seine Zufahrt, auf der niemand sonst stehen darf. So verschwindet zunehmend mehr Parkraum, was z. B. für ältere Menschen und Eltern mit Kindern negative Folgen hat.

Die Nachbar*innen, die das Enteignen öffentlichen Parkraums nicht dulden und weiterhin dort parken möchten, werden bedroht und angefeindet. (*„Was fällt Ihnen ein, Sie versperren meine Zufahrt. Ich zeige Sie an, wenn Sie nochmal hier parken. Ich lasse Sie abschleppen.“*)

Ein weiterer Aspekt ist, dass bei den vermeintlichen Zufahrten zum privaten Parkplatz über den Bürgersteig dessen deutliche Abnutzung bzw. Beschädigung festzustellen ist. Bordsteinkanten und die Plattierungen werden erheblich schneller schadhafte.

Außerdem kommt es nun häufiger zu Gefahrensituationen zwischen Fußgänger*innen (z.B. spielenden Kindern, älteren Menschen) beim Ein- und Ausparken der Autos.

Um Abwassergebühren zu vermeiden, plattieren einige Hausbesitzer nicht den Vorgarten, sondern legen Rasengitter aus. Hier kann das Niederschlagswasser direkt ins Erdreich versinken. Leider gelangen auf diesem Wege aber auch tropfendes Altöl und weitere Giftstoffe ins Erdreich.

Tim Giesbert
Fraktionssprecher